

Der türkische Krieg gegen die kurdische Selbstbestimmung

DOSSIER
Mai 2023

Der türkische Krieg gegen die kurdische Selbstbestimmung

Dossier zur historischen Entwicklung des türkischen Krieg in Kurdistan, vor dem
Hintergrund der anstehenden Wahlen

Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit

Mai 2023

Der türkische Krieg gegen die kurdische Selbstbestimmung

Es sind erst einige Stunden nach dem verheerenden Erdbeben im syrisch-türkischen Grenzgebiet vergangen und plötzlich schlagen Artilleriegeschosse in der nordsyrischen Region Tal Rifat ein. Auch dieses Gebiet ist vom Erdbeben schwer getroffen. Zudem leben hier zehntausende syrische Binnengeflüchtete, die 2018 ihre Heimatstadt Efrîn verlassen mussten, nachdem die Türkei das Gebiet besetzte. Während die Menschen aus Tal Rifat noch um ihre Toten trauern oder verzweifelt nach Überlebenden suchen, beschießt die türkische Armee die Stadt mitten in der Nacht (Eser-Ruperti 2023).

Nicht einmal eine Jahrhundertkatastrophe wie das Erdbeben vom 6. Februar mit bis zu 50.000 Toten bremst den Krieg im Norden Syriens aus. Für den türkischen Staat wird die Region von „Terroristen“ kontrolliert. Ihre militärischen Invasionen in der Region hat sie damit begründet, „die dort lebenden Syrer von der Tyrannei der Terrororganisationen befreien und die Bedrohung für die territoriale Integrität und politische Einheit Syriens ausschalten“ zu wollen, wie es der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu in der New York Times formulierte (Çavuşoğlu 2019). Çavuşoğlu meint mit der „Tyrannei der Terrororganisationen“ keineswegs den sogenannten Islamischen Staat, der über Jahre hinweg südlich der türkischen Grenze unbehelligt sein Unwesen treiben konnte. Gemeint sind die politischen Kräfte, die die Autonome Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien aufgebaut haben. Um diese zu bestrafen, bombardiert die Türkei ganze Landstriche südlich ihrer Grenze seit Jahren aus der Luft und vom Boden aus. Teil der türkischen Kriegsstrategie ist der Einsatz von Kampfdrohnen, mit denen die Bevölkerung einer ständigen Bedrohung ausgesetzt wird. Es ist nie vorherzusehen, wo und wann der nächste Bombeneinschlag durch eine Drohne erfolgt. Im Jahr 2022 hat die Türkei 130 Drohnenangriffe in der Region durchgeführt und dabei 87 Menschen getötet und 151 weitere verletzt (RIC 2023: 4). In Tal Rifat hatten die Menschen bei dem Angriff am Abend des Erdbebens noch Glück im Unglück. Der türkische Artilleriebeschuss kostete keine weiteren Menschenleben. Das ändert sich, als zehn Tage später türkische Kampfdrohnen über den Ort kreisten und schließlich ihre Bomben abwarfen. Ein 70-jähriger Zivilist kam bei dem Angriff ums Leben (Apa/Dpa 2023).

In diesem Beitrag möchten wir einen Blick auf die Hintergründe dieses Krieges werfen, den die Türkei in Nordsyrien, aber auch im Nordirak und innerhalb der eigenen Staatsgrenzen führt. Dieser Krieg, der sich gegen das kurdische Bestreben nach Selbstbestimmung richtet, hat seinen Ursprung in einem Vertrag, welcher am 24. Juli 1923 in der schweizerischen Stadt Lausanne zwischen den Alliierten des Ersten Weltkrieges und der Türkei geschlossen wurde. Mit diesem Vertrag wurde die heutige Republik Türkei begründet – und die Siedlungsgebiete der Kurd:innen auf vier Staaten aufgeteilt. Seither sind 100 Jahre vergangen, doch der Konflikt um „Kurdistan“ dauert weiterhin an.

Der Ursprung der kurdischen Frage

Das Gebiet „Kurdistan“, also die Heimatgebiete der schätzungsweise 40 Millionen Kurd:innen, ist aufgeteilt auf die Staaten Iran, Irak, Syrien und die Türkei. In allen vier Staaten gelten die Kurd:innen bis heute als eine Bedrohung für die Integrität der jeweiligen Nationalstaaten. Kurdischen Bestrebungen nach Unabhängigkeit, Autonomie oder auch nur der Garantie ihrer grundlegenden Bürger:innenrechte begegneten alle vier Staaten in den vergangenen 100 Jahren mit einer Mischung aus militärischer Vernichtung, Vertreibung oder Assimilationspolitik. Die türkischen Angriffe auf die nordsyrische Stadt Tel Rifat sind ebenfalls Ausdruck dieser Bekämpfungsstrategie und richten sich gegen das kurdische Bestreben nach Selbstverwaltung.

Bereits in der Zerfallsperiode des Osmanischen Reiches lassen sich die ersten frühen Anzeichen der „kurdischen Frage“ erkennen. Hier genossen die Kurd:innen lange Zeit eine weitreichende Autonomie. Doch als das Osmanische Reich ab dem 19. Jahrhundert zunehmend unter Druck geriet und sukzessive Gebietsverluste an der europäischen Flanke hinnehmen musste, kam es zu einschneidenden Reformen im Vielvölkerreich. Erste Risse erfährt das türkisch-kurdische Bündnis unter dem gemeinsamen islamischen Banner¹ des Osmanischen Reiches im Zuge der „Tanzimat-Reformen“ im Jahr 1839. Der damalige Sultan Mahmut II. ordnet unter anderem eine Einschränkung der kurdischen Autonomie an, um das Reich besser kontrollieren zu können (Arakon 2014: 140). In der Folge kam es zu Dutzenden lokalen Aufständen kurdischer Stämme, die jedoch kaum als Aufstände im kurdisch-nationalen Sinne zu verstehen sind. Im Vordergrund standen vor allem die jeweiligen Stammesinteressen, was die Fragmentierung und den begrenzten Aktionsradius der einzelnen Aufstände erklärt.

Für die Kurd:innen im Osmanischen Reich begann mit den Tanzimat-Reformen eine Abwärtsspirale, die mit der Machtergreifung des „Komitees für Einheit und Fortschritt“ (türk. İttihad ve Terakkî Cemiyeti, kurz KEF) ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte. Das KEF übernahm 1908 die Macht und leitete zunächst mit einigen liberalen Reformen die konstitutionelle Revolution im Reich ein. Doch schon bald vollzog sie eine nationalistische Wende. Nach dem Vorbild des nationalistischen Zeitgeistes in Europa strebten die neuen Machthaber eine „Türkisierung“ des Gebiets an, welche vom Osmanischen Reich übrig geblieben war. Dieser neue politische Kurs hatte insbesondere für die nicht-türkischen Gemeinschaften im Osten des Reiches schwerwiegende Folgen. Während die christlichen Völker wie die Armenier:innen, Assyrer:innen und Aramäer:innen einem physischen Genozid ausgesetzt wurden, strebte das KEF bei den Kurd:innen eine „Türkisierung“ mittels Assimilation und Deportation an (McDowall 2007: 105). Die „Homogenisierung“ des einstigen Vielvölkerreiches war also bereits vor dem Ersten Weltkrieg in vollem Gange und sollte nach der Gründung der türkischen Republik weiter fortgesetzt werden.

¹ Nicht-Muslimische Kurd:innen wie die Jesid:innen oder die Alevit:innen waren nie Teil dieses Bündnisses. Sie wurden immer wieder sowohl vom Osmanischen Reich als auch von den „kurdischen Regierungen“ im Osten des Reiches verfolgt.

Die Gründung der türkischen Republik und die Verleugnung der kurdischen Identität

Am 24. Juli 1923 wurden in Lausanne die Grenzen des Mittleren Ostens neu gezeichnet. Dies sollte ursprünglich bereits drei Jahre zuvor geschehen: Im Rahmen der Konferenz von Sanremo wurde dem Osmanischen Reich, das auf der Verliererseite des Ersten Weltkriegs stand, der Vertrag von Sèvres in Form eines Diktatfriedens vorgelegt. Laut diesem Vertrag sollte die „Resttürkei“ deutlich kleiner ausfallen. Den Kurd:innen hingegen wurde ein Autonomiegebiet mit der Möglichkeit einer späteren Unabhängigkeit in Aussicht gestellt, welches allerdings nur einen Bruchteil ihrer Siedlungsgebiete umfasste. Die ebenfalls von Kurd:innen bewohnten Gebiete östlich des Euphrat-Flusses sollten einem „Großarmenien“ zufallen, während Nordsyrien (Westkurdistan/Rojava) sowie der Nordirak (Südkurdistan) Teile der französischen bzw. britischen Mandatsgebiete im Mittleren Osten sein sollten (ebd.: 137). Der türkische Unabhängigkeitskrieg unter Mustafa Kemal vereitelte diese Pläne allerdings und zwang die Siegermächte in Lausanne nochmals an den Verhandlungstisch. Frankreich und Großbritannien, die mit dem Sykes-Picot-Abkommen noch während des Ersten Weltkriegs ihre Einflusssphären in der Region unter sich aufgeteilt hatten, blieben von den Neubestimmungen in Lausanne weitgehend unberührt. Sie gründeten später die beiden neuen Staaten Syrien (französisches Mandatsgebiet) und den Irak (britisches Mandatsgebiet). Die Interessen der Kurd:innen fielen dabei völlig unter den Tisch. Das lag möglicherweise auch daran, dass ein Teil der äußerst fragmentierten kurdischen Gesellschaft jener Zeit den türkischen Unabhängigkeitskrieg unterstützte. Mustafa Kemal (später Atatürk) hatte ihnen nämlich gleiche Rechte und Autonomie versprochen. Für viele Kurd:innen wirkte diese Option attraktiver als die im Vertrag von Sèvres vorgesehene Regelung, die zwar ebenfalls von einer kurdischen Autonomie sprach, aber eben nur unter sehr engen Grenzen. Jedoch wurden die Autonomieversprechungen an die Kurd:innen nach der Gründung der türkischen Republik am 29. Oktober 1923 schnell vergessen. Der bestimmende Narrativ in Ankara, der neuen Hauptstadt des Landes, war nun, dass die Türkei nie an seiner Vielfalt scheitern sollte, wie es das vermeintliche Schicksal des Osmanischen Reiches gewesen war. Anknüpfend an der politischen Ideologie des KEF während der Zerfallsperiode des einstigen Großreiches wurde nun einer umfassenden Türkisierungspolitik der Weg geebnet. Der türkische Justizminister Mahmut Esat Bozkurt formulierte 1930 diese Zielsetzung wie folgt: „Der Türke muss der ausschließliche Herr und Meister in diesem Land sein. Wer nicht türkischer Herkunft ist, der kann hier nur ein einziges Recht haben, das Recht, Diener und Sklave zu sein“ (zit. n. Anderson 2009: 55).“

Die „moderne“ Türkei wollte ein starker Nationalstaat nach europäischem Vorbild werden. Die ethnische und religiöse Vielfalt wurde hingegen als Schwäche und Hindernis auf diesem Weg ausgelegt. Für die Kurd:innen (aber auch für andere Minderheiten) hatte das eine umfassende Verleugnungspolitik zur Folge. In pseudowissenschaftlichen Ausarbeitungen wurde bereits Ende der 1920er Jahre dargelegt, dass es eigentlich gar keine kurdische Bevölkerung gebe. Sobald die Kinder in den kurdischen Siedlungsgebieten des Landes das Grundschulalter erreichten, mussten sie nicht nur Türkisch lernen, auch ihre Muttersprache wurde

ihnen unter der Androhung und Anwendung der Prügelstrafe ausgetrieben. Kurdische Ortsnamen verschwanden von den Landkarten ebenso wie kurdischsprachige Vornamen oder kurdische Musik aus der Öffentlichkeit. Ab 1934 erließ das türkische Parlament zudem das Gesetz gegen „Personen ohne Verbundenheit mit der türkischen Kultur“, mit welchen Massenumsiedlungen von Kurd:innen in Richtung der Westtürkei und Nicht-Kurd:innen nach Nordkurdistan (Osttürkei) umgesetzt werden konnten (Strohmeier/Yalcin-Heckmann 2017: 104).

Von den Aufständen in Kurdistan zur Friedhofsruhe

Mit der Gründung der türkischen Republik hatten die Machthaber:innen in Ankara der kurdischen Identität somit den Krieg erklärt. Die Kurd:innen reagierten auf die neue Situation mit zahlreichen Aufständen, die allerdings alle nur über einen begrenzten geographischen Aktionsradius verfügten und an den Spaltungslinien innerhalb der kurdischen Gesellschaft scheiterten. Diese Spaltungslinien waren zumeist durch die Stammesgrenzen innerhalb der Bevölkerung gekennzeichnet, aber auch die religiösen Differenzen spielten eine zentrale Rolle. So probten bereits kurz vor der Republikgründung die alevitischen Kurd:innen in der Region Koçgirî in den Jahren 1920 und 1921 einen ersten großen Aufstand gegen Mustafa Kemals Truppen in der Region. Ihre Forderung nach einer kurdischen Autonomie wurde brutal durch die „Jungtürken“ niedergeschlagen. Auf Befehl Mustafa Kemals wurde ein gewisser Topal Osman mit der Bekämpfung des Aufstands beauftragt. Dieser hatte sich bereits durch Massaker an den Griech:innen und Armenier:innen in Anatolien einen Namen gemacht. Wie bei den späteren kurdischen Erhebungen folgten auf die Bekämpfung der Aufständischen Kollektivbestrafungen gegen die Lokalbevölkerung. Mehrere Zehntausend Menschen sollen dabei durch Topal Osmans Heer grausam ermordet worden sein (Aksüngür-Kizil/Kahraman 2018: 57). Nach der Gründung der Republik kam es zu zahlreichen weiteren Aufständen in den kurdischen Siedlungsgebieten. An diesen beteiligten sich auch viele kurdische Stämme, die zuvor dem Osmanischen Reich oder auch gegenüber Mustafa Kemals Truppen während des türkischen Unabhängigkeitskriegs loyal gewesen waren. Diese zumeist sunnitisch-muslimischen Stämme verloren ihren (semi-)autonomen Status jedoch nach der Ausrufung der türkischen Republik. Ihre Aufstände hatten eine kurdisch-nationale Rhetorik, doch auch lokale Stammesinteressen spielten eine zentrale Rolle. Der türkischen Regierung gelang es zumeist, die oftmals konkurrierenden Stämme gegeneinander auszuspielen. So gelang es beispielsweise den Machthabern in Ankara einzelne alevitisch-kurdische Stämme bei der Bekämpfung des Scheich Said Aufstands in der Region Amed (Diyarbakir) auf ihre Seite zu ziehen. Die religiös-islamische Rhetorik des Aufstands sowie Rivalitäten zwischen den Stämmen aus der Zeit des Osmanischen Reiches halfen der Regierung dabei, die Unterstützung der alevitischen Stammesführer zu gewinnen (Strohmeier/Yalcin-Heckmann 2017: 99 f.). Das lag auch daran, dass ein kurdisch-nationales Bewusstsein unter den Kurd:innen noch sehr schwach ausgeprägt war. Nach dem Scheitern des Aufstands, an dem sich bis zu 15.000 bewaffnete Kämpfer:innen auf der Seite Scheich Suids beteiligten, wurde abermals die Lokalbevölkerung bestraft. 7.500 Personen wurden vor

sogenannten „Unabhängigkeitgerichten“ in Schauprozessen abgeurteilt, 660 von ihnen, darunter auch die Führer des Aufstands, zum Tode verurteilt und hingerichtet (McDowall 2007: 195 f.). Nach dem Aufstand verschärfte die türkische Regierung abermals ihr Vorgehen gegen die Gebiete Kurdistans. Massendeportationen und ein großangelegter Bevölkerungsaustausch wurden gesetzlich angeordnet und teilweise umgesetzt (ebd.: 207).

Der letzte große Aufstand, vor den Jahrzehnten der „Friedhofsstille“ in der kurdischen Frage, erfolgte in den Jahren 1937-38 in der alevitisch-kurdischen Provinz Dersim. Die Region galt als die letzte Provinz, welche die türkische Regierung zu „erobern“ hatte. Anfang 1937 beorderte Mustafa Kemals Regierung 25.000 Soldaten nach Dersim. Der Aufstand von Dersim gegen diese Maßnahme wurde angeführt von Seyîd Riza, einem hochgeachteten alevitischen Geistlichen in der Region. Bei der Niederschlagung des Aufstands sollen bis zu 80.000 Menschen durch die türkische Armee ermordet worden sein (Dolzer 2010: 27). Zehntausende Überlebende wurden ohne Rücksicht darauf, ob sie den Aufstand unterstützen, unbeteiligt blieben oder gar den türkischen Staat unterstützten, deportiert. Erst acht Jahre später durften sie wieder in ihre Heimat zurückkehren, die nun den Namen „Tunceli“ erhalten hatte. „Tunc-eli“, also „eiserne Hand“, lautete der Name der Militäroperation gegen die Provinz. Die Bevölkerung sollte stets daran erinnert werden, dass die „eiserne Hand“ der Regierung bereit war, jeglichen Versuch eines Aufstands brutal niederzuschlagen, so wie sie es 1938 getan hatte (McDowall 2007: 208).

Auf die gescheiterten kurdischen Rebellionen folgte eine Phase der schleichenden Assimilation in den kurdischen Siedlungsgebieten der Türkei. Über Jahrzehnte hinweg setzte der türkische Staat auf die kulturelle Auslöschung der kurdischen Identität. Die offizielle Ideologie des neugegründeten türkischen Staates verleugnete die kurdische Identität ebenso wie diejenigen anderer ethnischen Minderheiten im Land. Die Kurd:innen galten fortan als „Bergtürken“. In pseudowissenschaftlichen Ausarbeitungen wurde „bewiesen“, dass es so etwas wie eine kurdische Identität nicht gäbe (Arakon 2014: 146). Das rigorose Verbot der kurdischen Sprache wurde von einer umfassenden „Türkisierung“ der Gesellschaft durch das Bildungssystem und die Umbenennung kurdischer Ortschaftsnamen begleitet (Bredtmann 2011: 88 f.). Kurdische Kinder im Grundschulalter wurden zumeist von Lehrer:innen, die aus der Westtürkei stammten, unterrichtet. In der Schule wurde türkisch gelehrt, die Kinder durften sich plötzlich nicht mehr in ihrer Muttersprache unterhalten. Begleitet wurden diese Maßnahmen weiterhin von einer massenhaften Umsiedlungspolitik. Ein Gesetz aus dem Jahr 1934 ermöglichte die massenhafte Umsiedlung von Kurd:innen, die an keinem Ort der Türkei mehr die Bevölkerungsmehrheit bilden sollten. Dieses Vorhaben konnte zwar so nicht in Gänze umgesetzt werden, dennoch fand ein massenhafter Bevölkerungsaustausch statt (Strohmeier/Yalcin-Heckmann 2017: 104).

Wiedererwachen der kurdischen Frage im Zuge der 68er-Studierendenrevolte

Nach den traumatischen Erfahrungen im Zuge der frühen kurdischen Aufstände gelang es der kurdischen Bevölkerung bis in die 1960er Jahre hinein kaum der türkischen Politik des „kulturellen Genozids“ etwas entgegenzusetzen. Erst im Zuge der 68er Studierendenrevolte in der Türkei und dem Auftauchen von verschiedenen legalen und illegalen sozialistischen Organisationen trauten sich junge Revolutionär:innen, die „kurdische Frage“ wieder öffentlich zu thematisieren. Auch viele Kurd:innen, die Teil einer wachsenden urbanen Bevölkerungsschicht in der Türkei waren, fühlten sich von diesen neuen Debatten angezogen. Die Situation der kurdischen Bevölkerung war nun Gegenstand der revolutionären Bewegungen der Türkei (Bozarslan 2008: 346).

Die erste politische Partei, die sich nach der Friedhofsstille des Themas annahm, war die 1960 gegründete Arbeiterpartei der Türkei (türk. Türkiye İşçi Partisi, kurz TIP). Im Gegensatz zu anderen revolutionären Gruppen, die in den folgenden Jahren in der Türkei entstanden und auf einen bewaffneten Umsturz setzten, verfolgte die TIP den Weg des Parlamentarismus. Sie profitierte von der relativ liberalen Verfassung, die nach einem Putsch des türkischen Militärs 1961 verabschiedet worden war (Zürcher 2017: 249). Zwar konnte die Partei in den knapp zehn Jahren ihres Bestehens nie große Wahlerfolge feiern - bei den Parlamentswahlen 1965 erhielt sie nur drei Prozent der Stimmen -, doch hatte sie es als erste Partei in der Türkei gewagt, sich der kurdischen Frage aus sozialistischer Perspektive anzunehmen. 1965 feierte eine gab zudem die Demokratische Partei Kurdistans - Türkei (kurd. Partiya Demokrat a Kurdistan-Tirkiye, kurz PDK-T) ihre Gründung bekannt. Im Gegensatz zur TIP musste sie jedoch allein schon aufgrund ihres Namens in der Illegalität agieren. Die PDK-T wurde als Schwesterpartei der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK) gegründet. Die PDK unter der Führung der Barzanî-Familie entstand 1946, führte jahrzehntelang den Kampf für kurdische Selbstbestimmung im Nordirak (Südkurdistan) an und genoss über die Grenzen des Irak hinaus Popularität unter der kurdischen Bevölkerung. Der PDK-T gelang es hingegen nie, in der kurdischen Bevölkerung Fuß zu fassen. Nachdem 1971 bereits der zweite Vorsitzende der Partei ermordet worden war, verschwand die PDK-T in der Versenkung (McDowall 2007: 408). Im selben Jahr wurden auch die Revolutionären Kulturvereinigungen des Ostens (türk. Devrimci Doğu Kültür Ocakları, kurz DDKO), durch den türkischen Staat verboten. Die DDKO war erst zwei Jahre zuvor aus der TIP hervorgegangen und gilt als erste legale kurdische Organisation in der Türkei mit sozialistischem Selbstverständnis. Bereits im Jahr vor dem Verbot wurden prominente Führungspersonlichkeiten der Partei festgenommen und verurteilt (ebd.: 411 f.). Mit ihrer Verbotspraxis versuchte die türkische Regierung eine Entwicklung zu stoppen, die wohl nicht mehr aufzuhalten schien. Die Diskussionen über die kurdische Frage rissen auch nach dem Verbot der TIP und der DDKO nicht ab. Doch die anfängliche Begeisterung vieler Kurd:innen für die revolutionäre Linke in der Türkei mündete schon bald in einer allgemeinen Ernüchterung. Während ein Teil der revolutionären Linken in der Türkei chauvinistische Züge gegenüber den Kurd:innen zeigten, erklärten andere die

„kurdische Frage“ zu einem Nebenwiderspruch, dem man sich nach der Revolution widmen könne.

Auch Abdullah Öcalan machte während seiner Studienzeit in Istanbul Bekanntschaft mit der Idee des Sozialismus. Eine 1971 gehaltene Rede der charismatischen revolutionären Führungspersönlichkeit Mahir Çayan an seinem Universitätscampus hatte ihn überzeugt (Brauns/Kiechle 2010: 39). Öcalan brach kurz darauf sein Jurastudium in Istanbul ab und nahm ein Studium der Politikwissenschaft in Ankara auf. Dort gelangte er zur Überzeugung, dass es einer autonomen Selbstorganisation bedürfe, die das Ziel verfolgen muss, die „Kolonie Kurdistan“ zu befreien. Öcalans Überzeugung zog schnell auch andere revolutionäre Studierende an. Kemal Pîr und Haki Karer, zwei Revolutionäre nicht-kurdischer Herkunft, schlossen sich Öcalan als erste an. Die schnell wachsende Gruppe, die fortan „Revolutionäre Kurdistans“ genannt wurde, versuchte gerade in ihren Anfangsjahren in Ankara, Bündnisse zu anderen türkischen und kurdischen revolutionären Gruppen aufzubauen. Die Versuche blieben allerdings weitgehend erfolglos. Die revolutionäre Bewegung in der Türkei hatte bereits Anfang der 1970er ihren Höhepunkt hinter sich gelassen. Die „Revolutionäre Kurdistans“ diskutierten nächtelang hinter verschlossenen Türen in Privatwohnungen wie mit dieser Situation umzugehen sei. Im Jahr 1975 wurde der Entschluss gefasst: Die Organisation des antikolonialen Kampfes musste in Kurdistan fortgesetzt werden. Die jungen Männer und Frauen beschlossen ihr Studium abzubrechen, nach Kurdistan aufzubrechen und ihr Leben der Revolution zu widmen (Marcus 2007: 28).

Die Gründung der PKK und der Beginn des bewaffneten Kampfes

In Nordkurdistan gelang es der Gruppe schnell weitere Anhänger:innen für ihre Sache zu gewinnen. Bis zu 300 junge Menschen schlossen sich der Gruppe in den nächsten zwei Jahren an. Die Organisationsarbeiten wurden sukzessive auf immer weitere Gebiete ausgeweitet. Sie war zwar nicht die einzige kurdische Organisation, die in jenen Jahren im Südosten der Türkei aktiv war. Sie wurde aber schnell zur dominantesten. Doch die Gruppe stieß auch auf Gegenwehr. Denn die „Revolutionäre Kurdistans“ hatten sich große Ziele gesetzt. Sie wollten nicht nur die türkische Kolonialmacht aus Kurdistan vertreiben, sondern die kurdische Gesellschaft nachhaltig umkämpfen. Als zweiten Gegner hatten sie die Macht der Feudalherren ausgemacht. Die kurdische Gesellschaft war in jenen Jahren von starren Feudalstrukturen geprägt. Diese beuteten nicht nur die eigene Bevölkerung aus, sondern kooperierten vielfach auch mit dem türkischen Staat. Zur ersten direkten Konfrontation mit der Feudalklasse in Kurdistan kam es im Mai 1978, nachdem ein Aktivist der Gruppe von einem Mitglied des Süleymanlilar-Stammes in der Kreisstadt Hilvan ermordet wurde. Deren Anführer, ein gewisser Mehmet Baysal, kontrollierte die Stadt. Baysal, selbst Kurde, war Mitglied der türkischen rechtsextremen Partei MHP. Die „Revolutionäre Kurdistans“ verübten einen Mordanschlag gegen den Führer der Süleymanlilar und rächten so den Tod ihres Genossen Halil Çavgun. In der kurdischen Gesellschaft sorgte der Racheakt für Aufruhr, aber auch für Anerkennung gegenüber Öcalans Gruppe (ebd.: 44 f.).

Im November 1978 entschloss sich die Gruppe, den Schritt zur Parteigründung zu machen. In einem Dorf in der Nähe der kurdischen Stadt Amed (Diyarbakir) versammelten sich 22 Delegierte der Gruppe und hielten ihren Gründungskongress ab. Die Arbeiterpartei Kurdistans (kurd. Partiya Karkerên Kurdistan, kurz PKK) wurde am 27. November 1978 offiziell gegründet. Es wurde ein Parteivorstand mit Öcalan als Vorsitzenden gewählt, ein Parteimanifest verabschiedet und die Vorbereitung eines „Volkskrieges“ zur Befreiung der „Kolonie Kurdistans“ zum Ziel erklärt (Brauns/Kiechle 210: 46 f.). Nach der Parteigründung überschlugen sich allerdings die Ereignisse in Kurdistan und brachten die junge Partei in Bedrängnis. Zunächst kam es in der kurdisch-alevitischen Stadt Maraş zu einem mehrtägigen Pogrom gegen die Bevölkerung. Die Grauen Wölfe, die militante Jugendorganisation der rechtsradikalen MHP, zogen mit Unterstützung der staatlichen Strukturen mordend durch die Stadt und töteten zwischen dem 19. und 26. Dezember 1978 mehrere hundert Menschen. Mit dem „Massaker von Maraş“ wollte der türkische Staat ein Zeichen setzen. Denn die Stadt galt als ein Widerstandsherd gegen die staatliche Herrschaft in Kurdistan. Zugleich galt das Pogrom als ein Vorbote für einen sich anbahnenden Militärputsch. Denn die Situation in den kurdischen Siedlungsgebieten eskalierte seit geraumer Zeit. Bei Anschlägen gegen politische Aktivist:innen und Auseinandersetzungen auf offener Straße kamen bis zum Jahr 1980 im Schnitt 20 bis 30 Menschen ums Leben (McDowall 2007: 415). Als dann im Jahr 1979 mit Şahin Dönmez ein Führungsmitglied der PKK zunächst festgenommen und dann in Haft geständig wurde, stand die Arbeiterpartei Kurdistans vollends auf der Zielscheibe der türkischen Sicherheitsbehörden. Dönmez kooperierte mit dem türkischen Staat und gab die Wohnungen, in denen die Parteimitglieder Unterschlupf fanden, bekannt. In der Folgezeit wurden zahlreiche weitere Mitglieder der Partei festgenommen.

Vor dem Hintergrund der neuen Gefahrensituation entschloss sich die Partei den Weg ins Ausland einzuschlagen. Der Parteivorsitzende Öcalan hatte den Auftrag, über Syrien in die Bekaa-Ebene zu gelangen, wo Kontakt zu palästinensischen Organisationen aufgenommen werden konnte. Dort wurde der Gruppe die Möglichkeit gegeben, den bewaffneten Kampf gegen die türkische Kolonialmacht vorzubereiten. Es wurde ein Ausbildungscamp aufgebaut, in welchem zahlreiche Mitglieder der Organisation die Fertigkeiten des Guerillakampfes erlernten. Die Türkei wurde unterdessen am 12. September 1980 von einem Militärputsch heimgesucht. Während die inhaftierten PKK-Mitglieder in den Gefängnissen der Türkei Widerstand gegen das Folterregime des Militärs leisteten, trafen die Parteigenossen in der Bekaa-Ebene die Vorbereitungen für die Aufnahme des bewaffneten Kampfes. Am 15. August 1984 war es dann so weit. Zeitgleich in zwei Städten Nordkurdistans wurden Stellungen des Militärs angegriffen und die Lokalbevölkerung über die Aufnahme des bewaffneten Kampfes durch die PKK informiert.

Der „schmutzige Krieg“ in Kurdistan

Es folgten Jahre eines umfassenden Guerillakrieges der PKK gegen den türkischen Staat. Die erste bewaffnete Aktion der Partei hatte eine Signalwirkung. In den

folgenden Jahren schlossen sich tausende Jugendliche aus den Dörfern und Metropolen der Arbeiterpartei Kurdistans an. Syrien galt als Organisationsbasis der Partei. Die syrische Regierung duldet die Aktivitäten der PKK, auch weil sie selbst politische Konflikte mit der Türkei hatte. Weitere Guerillacamps wurden in den kurdischen Gebieten des Nordiraks aufgebaut. Die türkische Armee war anfangs noch überrascht von den Aktionen der PKK, intensivierte allerdings in den darauffolgenden Jahren den Krieg gegen die Guerillaorganisation zusehends.

Die Türkei verfolgte die Strategie der Austrocknung der Unterstützungsbasis der Guerilla. Bis in die 90er Jahre hinein wurden tausende kurdische Dörfer gewaltsam geräumt. Auch gegen die Zivilbevölkerung in den kurdischen Metropolen ging die Regierung grausam vor. Einheiten der Konterguerilla, die aus Mitgliedern des sogenannten Tiefen Staates, rechtsextremen türkischen Milizen und PKK-Aussteigern bestand, töteten bis zu 17.000 zivile kurdische Aktivist:innen. Unter den Opfern befanden sich Politiker:innen, Journalist:innen, Menschenrechtler:innen und Rechtsanwält:innen. Diese Morde sogenannter „unbekannter Täter“ wurden bis heute nicht aufgeklärt (Brauns/Kiechle 2010: 60).

Einen ersten Versuch, den blutigen Konflikt auf die politische Ebene zu tragen, wagte 1993 der damalige türkische Staatspräsident Turgut Özal. Dieser ließ Öcalan über Mittelsleute eine Botschaft zukommen, in welcher er seine Bereitschaft für Friedensverhandlungen signalisierte, sofern die PKK einen einseitigen Waffenstillstand erklärte. Die PKK reagierte positiv auf dieses Angebot und erklärte zunächst für einen Monat eine Waffenruhe und verlängerte diesen am 16. April auf unbestimmte Zeit. Turgut Özal, der am Folgetag mit einer Erklärung im Namen des Staates auf diese Ankündigung reagieren sollte, verstarb unerwartet (Marcus 2007: 212f.). Nach Özals Tod verflogen die Friedenshoffnungen rasch, auch weil die Hardliner im türkischen Staat die Macht an sich rissen. Doch der erste Waffenstillstand der PKK stellt einen Wendepunkt in dem Konflikt dar. Denn ihr Vorsitzender Öcalan hatte erstmals eine politische Lösung der kurdischen Frage innerhalb der staatlichen Grenzen der Türkei in Aussicht gestellt. Der bewaffnete Konflikt dauerte in den darauffolgenden Jahren zwar weiterhin an. Doch zugleich rückte der politische Kampf immer stärker in den Vordergrund. Die Überzeugung, dass dieser Konflikt schlussendlich durch politische Verhandlungen zu einer Lösung gelangen musste, hatte sich in der PKK durchgesetzt.

Der parlamentarische Kampf um die Rechte der Kurd:innen

Für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage steht auch die Tradition einer ganzen Reihe von politischen Parteien in der Türkei, die 1990 mit der Arbeiterpartei des Volkes (tr. Halkın Emek Partisi, kurz HEP) begann und heute durch die Demokratische Partei der Völker (tr. Halkların Demokratik Partisi, kurz HDP) und die Grüne Linkspartei (tr. Yeşil Sol Parti, kurz YSP) repräsentiert wird. Doch der politische Spielraum für diese Parteien ist seit jeher eng bemessen. Denn schon die kurdische Frage zu thematisieren ist nach wie vor nicht ungefährlich in der Türkei. Insgesamt sieben Parteien, die aus dieser politischen

Tradition entstammen wurden über die Jahre verboten, zwei weitere lösten sich wegen drohenden Verbots selbst auf (Bozarslan 2021). Nach jeder Schließung erfolgte eine neue Parteiengründung, die dann wieder nach kurzer Zeit mit staatlichen Repressionen konfrontiert wurde.

Um politischen Vertreter:innen der Kurd:innen aus dem Parlamentsbetrieb auszuschließen, wurde in die türkische Verfassung nach dem Militärputsch von 1980 die Zehn-Prozent Wahlhürde verankert (Harris 2011: 210). Dennoch fanden die Parteien immer wieder Wege und Mittel, durch ihre hohen Stimmanteile in den kurdischen Siedlungsgebieten Zugang ins türkische Parlament zu finden. So traten 1991 die Kandidat:innen der HEP über die Wahlliste der Sozialdemokratische Volkspartei (SHP) an und entsendeten so 21 Abgeordnete ins Parlament. Im Juni 2011 beschloss die Partei für Frieden und Demokratie (tr. Barış ve Demokrasi Partisi, kurz BDP) mit unabhängigen Kandidat:innen bei den Parlamentswahlen anzutreten, um so die Wahlhürde zu umgehen. Aufgrund der großen Unterstützung in Nordkurdistan konnte die BDP 37 Abgeordnete ins Parlament entsenden. Im Juni 2015 gelang der HDP schließlich das bis dahin undenkbbare. Die Partei knackte bei den Parlamentswahlen die Wahlhürde und konnte damit 80 Mandate erringen. Der große Erfolg war auch deshalb möglich geworden, weil die HDP längst nicht mehr bloß als eine „pro-kurdische Partei“ auftrat, sondern sich zu einer wichtigen politischen Partei im linken Spektrum entwickelt hatte. Auch bei den darauffolgenden Wahlen gelang es der HDP, die derzeit akut von einem Verbotsverfahren bedroht ist, jedesmal erneut die Wahlhürde zu überwinden.

Trotz ihrer Parlamentsmandate und zahlreichen Erfolgen bei den Kommunalwahlen, ist es den politischen Parteien aus dieser Tradition allerdings bis heute nicht gelungen, einen nachhaltigen Beitrag für die Lösung der kurdischen Frage zu leisten. Das liegt vor allem an den staatlichen Repressionen, den Parteiverboten und massenhafte Festnahmen von Politiker:innen, die sich für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage einsetzen. Während des „schmutzigen Krieges“ in Kurdistan schreckten die paramilitärischen Kräfte im Auftrag des Staates auch vor Mordanschlägen gegen kurdische Politiker:innen nicht zurück. So wurde im Juli 1991 Vedat Aydın, der damalige Vorsitzende der HEP, in seiner Heimatstadt Amed von Paramilitärs entführt und ermordet (ANF 2021a). Im September 1993 wurde auch Mehmet Sincar, Abgeordneter der Demokratipartei (tr. Demokrasi Partisi, kurz DEP; Nachfolgepartei der HEP) in Êlih (tr. Batman) von Attentätern mit Verbindungen zum Staat ermordet (ANF 2021b). Im Februar 1994 kam es in Istanbul vor der Parteizentrale der DEP zu

einem schweren Bombenanschlag, das ebenfalls auf das Konto staatlicher Stellen ging.

Die Liste der Attentate und Anschläge gegen politische Parteien und Politiker:innen, die es wagten, sich für eine politische Lösung der kurdischen Frage einzusetzen, lässt sich noch deutlich erweitern. Doch gegenwärtigen Vertreter:innen dieser Parteitraktion sind nicht nur in der kurdischen Gesellschaft fest verankert, sie ziehen auch mittlerweile andere Teile der Bevölkerung in der Türkei an. Gerade der HDP ist es besser als all ihren Vorgängerparteien gelungen, die politische Lösung der kurdischen Frage mit anderen gesellschaftlichen und

politischen Problemen des Landes zu verknüpfen und sich dadurch als wichtige Oppositionskraft zu etablieren. Allerdings sitzen aktuell mit Figen Yüksekdağ und Selahattin Demirtaş die ehemaligen Co-Vorsitzenden der Partei ebenso in Haft wie tausende weitere Mitglieder der HDP. Zusammen mit dem laufenden Verbotsverfahren gegen die Partei wird deutlich, dass der Staat nach wie vor nicht an einer politischen Lösung der kurdischen Frage interessiert ist.

Öcalans Entführung und der Paradigmenwechsel der PKK

Dabei führte die Eskalation des Krieges bereits in den 90er Jahren den Konflikt in eine Sackgasse. Dem türkischen Staat gelang es schon damals trotz ihrer militärischen Übermacht nicht, die Guerillakräfte der PKK zu zerschlagen. Zudem wuchs die Unterstützungsbasis der Arbeiterpartei trotz aller staatlichen Angriffe weiter an. Die PKK forcierte die gesellschaftliche Selbstorganisation in allen Teilen Kurdistans und der Diaspora. Auch die Entstehung der oben beschriebenen politischen Parteien wurde von der PKK unterstützt und als Möglichkeit für eine politische Lösung der kurdischen Frage erachtet.

Öcalan selbst hielt sich in jener Zeit weiterhin in Syrien auf, wo die PKK weiterhin ihren Rückzugsort hatte. Doch der Druck auf die syrischen Machthaber nahm bis zum Jahr 1998 immer weiter zu. Die Türkei forderte die Auslieferung Öcalans und die Schließung der PKK-Camps. Schlussendlich musste Öcalan nach türkischen Kriegsdrohungen gegen Syrien das Land am 9. Oktober 1998 verlassen. Er entschloss sich, in Richtung Europa aufzubrechen. An diesen Schritt waren Hoffnungen geknüpft, die kurdische Frage mit Hilfe der EU stärker auf die politische Ebene zu heben. Diese Hoffnungen sollten sich allerdings rasch verflüchtigen, denn kein europäischer Staat sah sich in der Lage, den PKK-Vorsitzenden aufzunehmen oder ihm politisches Asyl zu gewähren. Es folgte eine Odyssee durch mehrere europäische Länder wie Griechenland, Russland und Italien, bevor Öcalan schließlich in der griechischen Botschaft der kenianischen Hauptstadt Nairobi landete. Von dort wurde er unter falschen Versprechungen der griechischen Verantwortlichen herausgelockt, entführt und am 15. Februar 1999 an die Türkei ausgeliefert. An Öcalans Entführung waren neben der Türkei wohl auch die Geheimdienste Griechenlands und der USA beteiligt (White 2015: 1).

In der Türkei wurde Öcalan in einem Schauprozess zunächst zum Tode verurteilt, bevor seine Strafe in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt wurde. Noch heute verbüßt er diese Haftstrafe auf der Gefängnisinsel Imrali, die eigens für ihn umgebaut wurde. Für die PKK war die Entführung ihres Vorsitzenden ein schwerer Rückschlag. Die Organisation drohte zu zerbrechen. Öcalan fordert die PKK 1999 zum Rückzug aus der Türkei auf, um eine unkontrollierbare Eskalation des Konflikts zu unterbinden. Über die nächsten fünf Jahre stellte die Organisation den bewaffneten Kampf ein und zog sich in das Kandilgebirge im Nordirak zurück.

In der Zwischenzeit nutzte Öcalan seine Haftzeit, um für die PKK eine neue Perspektive zu entwickeln. Angetrieben von der Frage, wie eine Lösung der kurdischen innerhalb der bestehenden Grenzen der Region aussehen könnte,

entwickelte er das Konzept des „Demokratischen Konföderalismus“. Diese Idee sah eine basisdemokratische Selbstorganisation der Gesellschaft in allen Teilen Kurdistans vor, welche auf den Prinzipien der Frauenbefreiung und des ökologischen Bewusstseins beruhen sollte. Bereits mit dem Waffenstillstand 1993 hatte sich die Neuorientierung der PKK abgezeichnet. Seine Verteidigungsschriften, die er für den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) anfertigte, nutzte der einstige PKK-Vorsitzende, um der Öffentlichkeit seine neue Perspektive zu vermitteln.

Die neue Perspektive wurde nicht von allen innerhalb der Organisation wohlwollend aufgenommen. Zwar stellte sich ein Großteil der Partei auf den Kongressen nach der Entführung ihres Vorsitzenden hinter Öcalans Vision. Die Unruhe innerhalb der Partei dauerte allerdings noch eine ganze Weile an. Hinzu kam, dass sich mit der Irak-Invasion der USA und dem Sturz Saddam Husseins am 1. März 2003 der Autonomiestatus für die Kurd:innen im Nordirak deutlich ausweitete. Teile der PKK sahen ihre Zukunft eher in der „Autonomen Region Kurdistan“, so die offizielle Bezeichnung für kurdische Selbstverwaltung im Nordirak, als in den Reihen einer Partei, deren Vorsitzender nicht nur entführt worden war, sondern die nun auch eine völlig neue Perspektive verfolgte. So kam es schließlich 2004 zu einer Abspaltung aus der PKK, unter denen sich mit Osman Öcalan auch der Bruder des inhaftierten PKK-Vorsitzenden befand. Doch mit der Spaltung kehrte auch wieder Ruhe ein, denn der Rest der PKK stellte einheitlich hinter das Projekt des Demokratischen Konföderalismus (Gunes 2012: 144 f.). Nach der Abspaltung nahm die PKK zudem den bewaffneten Kampf gegen den türkischen Staat von Neuem auf, da sich der türkische Staat weiterhin jeglicher Bemühung für eine politische Lösung des Konflikts verweigerte.

Der kurdisch-türkische Konflikt in der AKP-Ära

Seit dem Jahr 2002 kontrolliert die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) die Geschicke des Landes. In ihrer mehr als 20-jährigen Regierungszeit hat sie den türkischen Staat nachhaltig umgekrempelt: Der Einfluss der kemalistischen Eliten wurde ebenso beschnitten wie die Macht des Militärs, ein neues Präsidialsystem wurde eingeführt und eine neo-osmanisch und islamisch geprägte Innen- wie Außenpolitik implementiert. In einer Sache knüpft allerdings

auch die AKP nahtlos am politischen Kurs ihrer Vorgänger:innen an – nämlich der Bekämpfung des kurdischen Bestrebens nach Selbstbestimmung (Gürbey 2012: 3).

Dabei sah es zwischenzeitlich auch Mal anders aus. Zwischen 2008 und 2011 führten Vertreter:innen des türkischen Staates im Auftrag der AKP-Regierung und unter Vermittlung einer nicht näher bekannten europäischen Organisation Gespräche mit führenden PKK-Mitgliedern in der norwegischen Hauptstadt Oslo. Nach den ersten Treffen wurde auch der inhaftierte PKK-Gründer Abdullah Öcalan in diesen Dialog einbezogen. Türkische Staatsvertreter:innen suchten ihn hierfür in regelmäßigen Abständen auf der Gefängnisinsel Imrali auf. Während die PKK-Führung auf den Dialog mit einem Waffenstillstand reagierte, rollte auf kurdische Aktivist:innen, die im legalen Bereich aktiv waren, ab 2009 eine massive

Repressionswelle zu. Im Rahmen der sogenannten KCK-Operationen wurden tausende kurdische Politiker:innen festgenommen und inhaftiert. Obwohl die Gespräche bis in das Jahr 2011 weitergeführt wurden, schwanden die Hoffnungen auf eine friedliche Lösung mit der Festnahmewelle. Die AKP nutzte den Dialog mit der PKK vermutlich, um Zeit zu gewinnen und die eigene Machtstellung im Staate zu manifestieren. Die Fortführung der Gespräche hatte ihren Sinn verloren und so bestimmte zwischen Juli 2011 und Dezember 2012 abermals der Krieg die politische Tagesordnung der Türkei (Hamsici 2012).

Das Jahr 2012 verlief dabei besonders turbulent. Denn parallel zu aufflammenden Gefechten zwischen der türkischen Armee und den Guerillakräften der PKK kam es im Norden des Bürgerkriegslandes Syrien zu einer bedeutenden Entwicklung. Dort hatten die mehrheitlich kurdischen Regionen Efrîn, Kobanê und Cizîre ihre Autonomie erklärt und damit den Startschuss für die „Revolution von Rojava“ gegeben (Flach et al. 2015: 84, 108). Eine besondere Sprengkraft hatte diese Entwicklung dadurch, dass in diesen Gebieten, die von der Baath-Regierung befreit werden konnten, nun das Gesellschaftskonzept Abdullah Öcalans umgesetzt werden sollte. Die Theorie des Demokratischen Konföderalismus sollte also im Norden Syriens mit Leben gefüllt werden. Dem türkischen Staat konnte diese Entwicklung in keinsten Weise gefallen. Der Druck auf die AKP wuchs zusätzlich, als mehrere tausend politische Inhaftierte in den Gefängnissen der Türkei in einen Hungerstreik traten. Sie forderten unter anderem ein Ende der Isolationshaft Öcalans, zu dem nach Abbruch der Friedensgespräche kein Kontakt mehr bestand. Anfangs versuchten die Machthaber in Ankara den Gefängniswiderstand noch verzweifelt zu ignorieren. Doch je länger der Hungerstreik dauerte, desto größer wurde die Solidarität außerhalb der Gefängnismauern. Nach 68 Tagen des Hungerstreiks musste die Regierung schließlich einlenken. Es wurden erneut Gespräche mit Öcalan aufgenommen (DW 2012).

Abermals wurde zwischen 2013 und 2015 über einen Frieden verhandelt. Dieses Mal führte der türkische Geheimdienst unter Beteiligung von Mitgliedern der Demokratischen Partei der Völker (HDP) auf der Gefängnisinsel ausschließlich direkte Gespräche mit Öcalan. Die HDP-Vertreter standen zudem während des gesamten Dialogprozesses im Austausch mit der PKK-Führung in den nordirakischen Kandilbergen. Im Jahr 2015 hatten die Gespräche bereits ein

wichtiges Stadium erreicht. Am 28. Februar 2015 verkündeten Vertreter:innen der HDP und AKP sogar gemeinsam eine Deklaration im geschichtsträchtigen Dolmabahçe-Palast. Sie gaben in der Deklaration die zehn Punkte bekannt, über die im weiteren Verlauf der Gespräche verhandelt werden sollte. Doch dazu kam es nicht mehr. Denn im Juni standen Parlamentswahlen in der Türkei an und der türkische Präsident Erdoğan erkannte, dass die Friedensgespräche seinen Umfragewerten nicht sonderlich zuträglich waren. Stattdessen gewann die HDP mit ihrer prokurdischen und demokratischen Agenda zunehmend an Popularität, und zwar auch unter der nicht-kurdischen Wählerschaft. Erdoğan beendete daraufhin die Gespräche mit einem Paukenschlag. Selbst Teile seiner AKP waren von der Erklärung ihres Parteichefs überrascht worden. Als im Juni 2015 die Wahlergebnisse der Regierungspartei tatsächlich so schlecht ausfielen, dass sie alleine nicht weiterregieren konnte, war Erdoğan klar, dass er wieder auf den Krieg setzen muss, um an der Macht zu bleiben.

Der grenzübergreifende Krieg gegen die Kurd:innen seit 2015

Die Eskalation des Krieges sollte sich auszahlen. Bei den Wiederholungswahlen im November 2015 – alle (vermeintlichen) Koalitionsverhandlungen scheiterten – gelang es der AKP-Regierung wieder alleine die Regierung zu stellen. Das hat allerdings am Kriegskurs des türkischen Staates seither nichts verändert. Einige der jüngeren Entwicklungen wollen wir an dieser Stelle schlagartig beleuchten:

- Die Angriffe des IS gegen die Autonome Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien wurden von der Türkei indirekt unterstützt. Beim Großangriff des IS auf Kobanê in den Jahren 2014 und 2015 nutzten die Dschihadisten die Türkei als Transit- und Rückzugsland. Für Erdoğan war und ist die autonome Selbstverwaltung in Rojava eine größere Gefahr als der IS (Sassounian o.D.).
- Ende 2015 griff der Krieg auf zivile Siedlungsgebiete Nordkurdistans über. Nachdem kurdische Aktivist:innen infolge der Zunahme staatlicher Repressionen bestimmte Stadtteile abriegelten, Barrikaden errichteten und ihre Selbstverwaltung deklarierten, rief die AKP-Regierung zu einem militärischen Feldzug gegen die betreffenden Gebiete aus. Es kam zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit jungen Männern und Frauen, die sich in den Gebieten verschanzt hatten. Der türkische Staat attackierte die Gebiete allerdings ohne Rücksicht auf zivile Verluste mit Hilfe von Panzern und Hubschraubern über Wochen hinweg. Laut des Menschenrechtsverein TIHV wurden beim Vorgehen des türkischen Staates bis zu 400 Menschen getötet, 600.000 Menschen wurden vertrieben (Gaveriaux 2016).
- Die Türkei beließ es allerdings nicht nur beim Krieg innerhalb der eigenen Staatsgrenzen. 2016, 2018 und 2019 intervenierte die türkische Armee in Nordsyrien. Die letzten größeren Offensiven – 2018 in Efrîn und 2019 im Gebiet zwischen Serêkaniyê und Girê Spî – richteten sich direkt gegen die Autonome Selbstverwaltung. Während und nach den beiden völkerrechtswidrigen Offensiven verübten die türkische Armee und ihre lokalen Partner, die verschiedene islamistische Gruppierungen aus Syrien

vereint, Kriegsverbrechen und machten sich der ethnischen Vertreibung der kurdischen Lokalbevölkerung schuldig. Noch heute stehen diese Gebiete unter der Kontrolle der Türkei (Amnesty 2019).

- Seit 2021 hat der türkische Staat seinen Krieg gegen die Kurd:innen auch auf den Nordirak ausgeweitet. Dort greift das türkische Militär mit Luftunterstützung die Rückzugsgebiete der PKK an. Bei dieser jüngsten und weiterhin andauernden Offensive des türkischen Staates soll es auch zum Einsatz von verbotenen chemischen Kampfstoffen durch die türkische Armee gekommen sein. Bilder und Videos, die auf kurdischen Nachrichtenseiten veröffentlicht worden sind, belegen diesen Verdacht (ANF 2022). Eine Delegation der ärztlichen Friedensorganisation IPPNW hat nach einer Reise in die Region im Oktober 2022 einen Bericht zu den Vorwürfen veröffentlicht, in welchem sie dringend eine unabhängige Untersuchung der Vorwürfe einfordert (IPPNW 2022). Doch bislang entzieht sich die internationale Staatengemeinschaft in Bezug darauf ihrer Verantwortung.
- Im gesamten Verlauf des Jahres 2022 hat der türkische Staatspräsident Erdoğan immer wieder eine erneute Offensive in Nordsyrien angekündigt. Zuletzt war selbst von einem türkischen Einmarsch auf die Stadt Kobanê die Rede. Doch bislang scheint er hierfür von internationalen Akteur:innen wie Russland und den USA kein grünes Licht erhalten zu haben. Für die Bevölkerung Nord- und Ostsyriens ist das allerdings kein Grund zur Beruhigung. Im Gegenteil, durch den Einsatz von türkischen Kampfdrohnen wird die Bevölkerung der Region in einen permanenten Zustand von Angst und Schrecken versetzt (RIC 2023).

Wie geht es weiter?

Eine Prognose über den weiteren Verlauf des Krieges in Kurdistan zu machen, ist äußerst schwierig. Außer Frage steht, dass die AKP-Regierung an ihrem Kriegskurs so lange wie möglich festhalten wird. Der Krieg ist nämlich zu so etwas wie der Überlebensgarantie dieser Regierung geworden. Denn der Krieg im Ausland überschattet die Krisen im Inland. Dies scheint einer der Devisen der Erdoğan-Regierung geworden zu sein. Denn selbst ein so einschneidendes Erlebnis wie das Jahrhundertbeben hat die türkische Regierung nicht dazu veranlasst, eine Pause im Krieg gegen die Kurd:innen einzulegen. Die entscheidende Frage wird allerdings sein, wie lange die türkische Bevölkerung noch gewillt ist, sich durch die Kriege von den innenpolitischen Problemen ablenken zu lassen. Zum Zeitpunkt der Niederschrift dieses Artikels sind es noch knapp zwei Monate bis zu den Parlamentswahlen in der Türkei. Die Umfragewerte für die herrschende Regierung sehen nicht sonderlich vielversprechend aus. Trotz des andauernden Krieges in Kurdistan könnte sich – so zumindest der aktuelle Stand – die Regierungszeit der AKP dem Ende neigen. Ob mit einer möglicherweise neuen Regierung auch ein Frieden in Kurdistan zu machen ist, steht hingegen auf einem anderen Blatt.

Quellenverzeichnis

Aksünger-Kizil, Handan/Kahraman, Yilmaz (2018): *Das anatolische Alevitentum. Geschichte und Gegenwart einer in Deutschland anerkannten Religionsgemeinschaft*. Hamburg.

Amnesty International (2019): *Erdrückende Beweise für Kriegsverbrechen durch türkische Streitkräfte und verbündete Milizen*.
<https://www.amnesty.ch/de/laender/naher-osten-nordafrika/syrien/dok/2019/erdrueckende-beweise-fuer-kriegsverbrechen-durch-tuerkische-streitkraefte-und-verbuedete-milizen>, letzter Aufruf: 16.03.2023.

Anderson, Perry (2009): *Nach Atatürk. Die Türken, ihr Staat und Europa*. Berlin.

ANF (2021a): *Sieg der Straflosigkeit: Mord an Vedat Aydın verjährt*.
<https://anfdeutsch.com/menschenrechte/sieg-der-strafllosigkeit-mord-an-vedat-aydin-verjahrt-27180>, letzter Aufruf: 09.04.2023.

ANF (2021b): *Unter Polizeibelagerung: Gedenken an Mehmet Sincar in Êlih*.
<https://anfdeutsch.com/menschenrechte/mord-an-mehmet-sincar-ihd-warnt-vor-drohender-verjahung-28021>, letzter Aufruf: 09.04.2023.

ANF (2022): *Aufnahmen von Chemiewaffenopfern veröffentlicht*.
<https://anfdeutsch.com/aktuelles/aufnahmen-von-chemiewaffenopfern-veroeffentlicht-34497>, letzter Aufruf: 16.03.2023.

Apa/Dpa 2023: *Türkei greift wieder Ziele in syrischer Erdbebenregion an*.
<https://www.sn.at/panorama/international/tuerkei-greift-wieder-ziele-in-syrischer-erdbebenregion-an-134138473>, letzter Aufruf: 16.03.2023.

Arakon, Maya (2014): „Kurds at the Transition from the Ottoman Empire to the Turkish Republic“. In: *Turkish Policy Quarterly*, Vol. 13, Nr. 1, S. 139-148,

Bozarslan, Hamit (2008): „Kurds and the Turkish State“. In: Kasaba, Reşat (Hg.): *The Cambridge history of Turkey. Volume 4: Turkey in the modern world*. Cambridge, S. 333-356.

Bozarslan, Mahmut (2021): *HEP'ten HDP'ye Kapatılan Kürt Partileri*,
<https://www.voaturkce.com/a/hepten-hdpye-kapatilan-kurt-partileri/5820797.html>, letzter Aufruf: 09.04.2023.

Brauns, Nikolaus/Kiechle, Brigitte (2010): *PKK. Perspektiven des kurdischen Freiheitskampfes: Zwischen Selbstbestimmung, EU und Islam*. Stuttgart.

Bredtmann, Julia (2011): „Von Sèvres zur PKK - Ein historischer Überblick über den türkisch-kurdischen Konflikt“. In: Schmidinger, Thomas (Hg.): *Kurdistan im Wandel. Konflikte, Staatlichkeit, Gesellschaft und Religion zwischen Nahem Osten und Diaspora*, Frankfurt, S. 87-96.

Çavuşoğlu, Mevlüt (2019): Warum die Türkei den Kampf in Syrien aufgenommen hat? <https://www.mfa.gov.tr/data/Makaleler/new-york-times-german.pdf>, letzter Aufruf: 16.03.2023.

Dolzer, Martin (2010): *Der türkisch-kurdische Konflikt. Menschenrechte - Frieden - Demokratie in einem europäischen Land?* Köln.

DW (2012): *Kurdische Häftlinge beenden Hungerstreik.*

<https://www.dw.com/de/kurdische-h%C3%A4ftlinge-beenden-hungerstreik/a-16387915>, letzter Aufruf: 16.03.2023.

Eser-Ruperti, Alexander (2023): *Nur Stunden nach dem Erdbeben: Erdoğan soll betroffene Kurdengebiete in Syrien beschossen haben.*

<https://www.merkur.de/politik/erdbeben-Erdoğan-bomben-kurdengebiete-fran-tuerkei-und-syrien-92075405.html>, letzter Aufruf: 16.03.2023.

Gaveriaux, Laura-Maï (2016): *In den Ruinen von Cizre und Sûr.* <https://monde-diplomatique.de/artikel/!5317476>, letzter Aufruf: 16.03.2023.

Gunes, Cengiz (2012): *The Kurdish National Movement in Turkey. From Protest to Resistance.* London.

Gürbey, Gülistan (2012): *Die türkische Kurdenpolitik unter der AKP-Regierung: alter Wein in neuen Schläuchen?*

https://pure.giga-hamburg.de/ws/files/24504984/gf_nahost_1211.pdf, letzter Aufruf: 16.03.2023.

Hamsici, Mahmut (2012): *Warum sind die Verhandlungen von Oslo zum Stillstand gekommen?* <https://civaka-azad.org/warum-sind-die-verhandlungen-von-oslo-zum-stillstand-gekommen/>, letzter Aufruf: 16.03.2023.

IPPNW (2022): *Is Turkey violating the Chemical Weapons Convention?*

https://www.ippnw.de/commonFiles/bilder/Frieden/2022_IPPNW_Report_on_possible_Turkish_CWC_violations_in_Northern_Iraq.pdf, letzter Aufruf: 16.03.2023.

Marcus, Aliza (2007): *Blood and Belief. The PKK and the Kurdish Fight for Independence.* New York.

McDowall, David (2007): *A modern history of the Kurds.* London.

RIC (2023): *Incessant War: Turkey's Drone Campaign in NES, 2022.*

<https://rojavainformationcenter.com/2023/03/incessant-war-turkeys-drone-campaign-in-nes-2022/>, letzter Aufruf: 16.03.2023.

Sassounian, Harut (o.D.): *Columbia University Researchers Confirm Turkey's Links to ISIS.*

<https://anca.org/columbia-university-researchers-confirm-turkeys-links-to-isis/>, letzter Aufruf: 16.03.2023.

Strohmeier, Martin/Yalçın-Heckmann, Lale (2017): *Die Kurden. Geschichte, Politik, Kultur.* München.

White, Paul (2015): *The PKK. Coming Down from the Mountains,* London.

Zürcher, Erik Jan (2017): *Turkey. A modern history.* New York.

